NR. 121 19.02.2013

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DER ARBEITSMARKT IN POLEN

■ ANALYSE
Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Polen 2
Maciej Duszczyk, Warszawa

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT
Statistiken zu Arbeitslosigkeit und Emigration 7

■ CHRONIK
Vom 5. bis zum 18. Februar 2013 11

■ LESEHINWEIS
Jahrbuch Polen 2013 Arbeitswelt 13

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

FUNDACJA WSPÓŁPRACY POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCHES POLEN INSTITUT

Forschungsstelle Osteuropa

DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

ANALYSE

Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Polen

Maciej Duszczyk, Warszawa

Zusammenfassung

Die weltweite Finanzkrise, die 2007 begonnen hat, wirkte sich bald auf die Arbeitsmarktsituation der einzelnen Staaten aus und legte die Schwächen der von ihnen jeweils betriebenen Arbeitsmarktpolitik bloß. In den Jahren 2008–2011 kam es in praktisch allen hochentwickelten Staaten der Welt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie zu einem Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze. Erstmals seit längerer Zeit war die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze wesentlich niedriger als die der abgebauten. Besonders stark waren zwei soziale Gruppen von der Arbeitslosigkeit betroffen, Jugendliche und ältere Menschen. Sie vor allem sind die Leidtragenden der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung.

Polen ist das einzige Mitgliedsland der Europäischen Union, das bisher nicht nur die Krise, sondern auch eine wirtschaftliche Rezession vermieden hat. Die statistischen Indikatoren zeigen eindeutig, dass es auch gelungen ist, einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Beschäftigungsabbau, also die schmerzhaftesten Folgen für die Gesellschaft, zu verhindern. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Situation am Arbeitsmarkt zufriedenstellend ist und Polen in diesem Bereich keine Probleme hat. Dieses Bild wäre falsch. Deshalb soll im Folgenden versucht werden, sowohl die Besonderheiten des polnischen Arbeitsmarkts gegenüber dem anderer Staaten, die Veränderungsprozesse, die nach 1989 auf ihn einwirkten, und seine Vorzüge, die ihn heute mit der wirtschaftlichen Abschwächung zurechtkommen lassen, aufzuzeigen, als auch die Schwachstellen, die sich in Zukunft negativ auswirken könnten. Ziel ist es, eine fundierte Beurteilung des Arbeitsmarkts in Polen vorzunehmen und über seine wichtigsten Herausforderungen für die kommenden zehn oder sogar zwanzig Jahre nachzudenken.

Eingangs ein wenig Geschichte

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte Polen die wieder errungene Unabhängigkeit. Die neuen Behörden sahen sich der Notwendigkeit gegenüber, die polnische Staatlichkeit wiederherzustellen. Eine der ersten Entscheidungen war die Gründung einer Institution, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen sollte. Kaum drei Monate nach Ausrufung der Unabhängigkeit – am 27. Januar 1919 – erließ das Staatsoberhaupt Józef Piłsudski das »Dekret über die Einrichtung staatlicher Ämter zur Arbeitsvermittlung und Betreuung von Heimkehrern«. Für jene Zeit war dies ein sehr modernes Dokument, das u. a. die Einführung eines allgemeinen Zugangs zur Arbeitsvermittlung vorsah. Polen war im Europa der Zwischenkriegszeit einer der ersten Staaten, die sich zu einem solchen Schritt entschlossen, und nahm eine große Verantwortung auf sich, den Arbeitslosen zu helfen. Sehr wichtig war, dass der Zugang zu den Arbeitsämtern für die Bürger kostenlos war. Die damals in Polen gesetzten Standards wurden von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übernommen, die einige Monate später entstand.

Diese positive und innovative Neuerung der Zweiten Republik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für eine Arbeitsmarktpolitik, die mit dem gesellschaftlichen Interesse im Einklang stand, wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von den kommunistischen Machthabern nicht übernommen. Stattdessen wurde die Beschäftigungspolitik einer neuen politischen Doktrin untergeordnet. Praktisch alle Produktionsmittel befanden sich in Händen des Staates. Der Staat war auch der wichtigste Arbeitgeber. Die nach 1945 getroffenen Entscheidungen führten u. a. zur Abschaffung der (vor dem Krieg z. B. durch Gewerkschaften und soziale Organisationen eingeführten) Arbeitsvermittlung auf privater und gesellschaftlicher Ebene.

Das Ende der zentral gelenkten Planwirtschaft nach 1989 machte sofortige Veränderungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig. Bereits im Dezember 1989 nahm das polnische Parlament das umfassende »Gesetz über die Beschäftigung« an, mit dem Ziel, die Institutionen, die sich dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit widmeten, neu zu organisieren und das Beschäftigungswachstum zu fördern.

Die Arbeitsmarktpolitik war auch Thema einer Diskussion, die in der Zeit der Verabschiedung der neuen polnischen Verfassung 1997 stattfand. Schließlich einigte man sich auf die Formulierung, wonach jedem Bürger die Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl zugesichert wurde. Außerdem wurde beschlossen, dass »der Staat eine Politik betreibt, die auf produktive Vollbeschäftigung durch Realisierung von Programmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet ist, unter anderem durch die Einrichtung und Förderung von Beratungs- und Fortbildungseinrichtungen sowie staatliche Arbeits- und Eingliederungsmaßnahmen«.

Die Institutionen, die die Arbeitsmarktpolitik umsetzen, wurden in ihrer gegenwärtigen Form 1999 als Teil der Dezentralisierungsreform beschlossen. Sie

basieren auf einer Koppelung von zentralen und dezentralen Maßnahmen, wobei für eine lokale Arbeitsmarktpolitik die jeweiligen kommunalen Gremien verantwortlich sind, während die Zentralverwaltung Mittel für deren Durchführung bereitstellt und sich um hohe Standards im Bereich der Arbeitsmarktdienstleistungen kümmert. Reformen bei den Arbeitsämtern stärkten die Effektivität auf lokaler Ebene.

Drei Phasen der Veränderungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt nach 1989

Das Hauptziel Polens nach 1989 war die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, was nicht möglich gewesen wäre ohne die Schaffung einer konkurrenzfähigen Wirtschaft, die imstande war, am gemeinsamen Binnenmarkt teilzunehmen. Ausschlaggebend für die Erreichung dieses Ziels war ein Erfolg der wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Dies musste jedoch dazu führen, dass Arbeitsplätze abgebaut und dafür neue geschaffen wurden. Vorübergehend kam es zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ein wesentlicher Faktor, der die Situation auf dem Arbeitsmarkt beeinflusste, waren auch die Demografie und der Eintritt geburtenstarker und -schwacher Jahrgänge in den Folgejahren.

Aus der Analyse der Veränderungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt ergibt sich eine Unterscheidung in drei Phasen: Transformation, Integration und Globalisierung.

Die erste Phase begann 1989 und war verbunden mit der Transformation der zentralen Verwaltungswirtschaft in eine freie Marktwirtschaft. Infolge der vielen Reformen stieg die Arbeitslosigkeit stark an. Die Arbeitslosenrate betrug 1993 fast 17 %.[1] Danach kam es zu einer Stabilisierung, ja sogar zu einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit, die 1997 kaum noch 10 % betrug. Leider wuchs in dieser Zeit die Beschäftigung fast gar nicht. Diese Phase dauerte bis etwa 1997, also bis zum Beginn der direkten Vorbereitungen des EU-Beitritts.

Die zweite Phase der Veränderungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt stand bereits in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Die Notwendigkeit, die in der EU geltenden Regelungen etwa zum Umweltschutz oder zu Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz zu akzeptieren, war eine sehr große Herausforderung, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen bewältigte sie und passte sich schnell den neuen Anforderungen an. Es kam aber auch vor, dass Unternehmen bankrottgingen, weil sie die Kosten der Umstrukturierung nicht tragen konnten. Auch Großunternehmen schränkten in dieser Zeit die Beschäftigung ein. Dazu kam, dass die geburtenstarken Jahrgänge der in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts Geborenen auf den Arbeitsmarkt drängten. Infolge dieser einander überlagernden Prozesse kam es zu einem sehr starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote in den Jahren 2002–2003 betrug fast 20 % und war damit die höchste in der Geschichte Polens.

Die dritte Phase der Veränderungen auf dem polnischen Arbeitsmarkt begann mit dem Beitritt zur Europäischen Union. Die von den einzelnen Regierungen durchgeführten Reformen und die Überzeugung einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, dass der eingeschlagene Kurs richtig war, resultierten in einem schnellen Wirtschaftswachstum, das sich auch in einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation widerspiegelte. Die Arbeitslosenquote begann sehr schnell zu fallen und betrug Mitte 2008 kaum 9 %. Dies war die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1990. Außerdem wuchs auch die Beschäftigung schnell. Ende 2010 gab es in Polen die höchste Zahl an Arbeitsplätzen seit 1989, und das trotz der hohen Auswanderungszahlen nach dem EU-Beitritt. Positive Faktoren neben der guten Vorbereitung waren auch der Zustrom von EU-Kohärenzmitteln, Transferzahlungen von im Ausland beschäftigten Arbeitnehmern an ihre in Polen lebenden Familien sowie der dynamische Exportzuwachs in die übrigen EU-Länder, der eine Folge vorangegangener Investitionen durch polnische wie auch ausländische Firmen war. Diese Phase wird von Fachleuten »Globalisierungsphase« genannt, weil die wichtigste Herausforderung in ihr die Aufrechterhaltung der positiven Trends bei der wirtschaftlichen Entwicklung und auf dem Arbeitsmarkt in einer sich immer mehr globalisierenden Welt sowie das Finden des eigenen Platzes innerhalb der EU waren. Den polnischen Erfolg nach dem EU-Beitritt belegt auch die Tatsache, dass die positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt aufrechterhalten wurden, trotz einer Rezession in vielen anderen Ländern, die Polens engste Wirtschaftspartner sind. Die Arbeitslosenquote wuchs zwar Ende 2011 auf über 12 %, zugleich ging aber die Beschäftigtenzahl nicht zurück, was ein sehr gutes Signal für die Zukunft ist. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass trotz einer Zunahme der Aktivität auf dem Arbeitsmarkt in Polen, die seit 2004 zu beobachten ist, diese immer noch um einige Prozentpunkte niedriger ist als in anderen EU-Ländern. Natürlich kann gegenwärtig niemand vorhersehen, wie die Entwicklung weiter verläuft. Einen positiven Einfluss auf die Arbeitsmarktsituation 2011 hatten sicher die Investitionen, die mit der Organisation der Fußballeuropameisterschaft verbunden waren.

1 Bei den Statistiken beziehe ich mich auf die Daten zur sogenannten registrierten Arbeitslosigkeit, entsprechend der in Polen gültigen Definition eines Arbeitslosen. Vergleichbare Zahlen von Eurostat wiesen im Rahmen der Untersuchung der ökonomischen Aktivität eine Arbeitslosenquote auf, die, je nach Zeitabschnitt, 3–4 Prozentpunkte niedriger war als die registrierte Arbeitslosigkeit.

Nach dem Ende der EM und des Abschlusses weiterer Investitionen könnte es zu einer Verschlechterung der Situation kommen. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Textes dauert das polnische Wirtschaftswunder an, und bis auf Weiteres ist der Beginn einer neuen Phase von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht in Sicht.

Die gegenwärtige Lage

In den Jahren 2011 und 2012 war Polen in den Medien Europas und der ganzen Welt praktisch ständig präsent. Zuerst zeigte die polnische EU-Ratspräsidentschaft, dann die »Euro 2012« und die damit verbundene Organisation Polen von seiner besten Seite. Dabei ist es wohl gelungen, viele Stereotype zu überwinden und selbst bei vielen Skeptikern das Bild eines leistungsfähigen und ausländerfreundlichen Landes zu verankern, das wirtschaftlich gut zurechtkommt und auf alle Herausforderungen vorbereitet ist. Jetzt dürfte ein guter Zeitpunkt sein, um dieses Interesse zusätzlich zu nutzen und das Wissen über Polen und den polnischen Arbeitsmarkt zu vertiefen. Betrachten wir also die gegenwärtige Situation in diesem Bereich.

Regionale Unterschiede

Die Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt ist viel komplizierter, als dies aus den gesamtpolnischen Daten herauszulesen ist, die einen Anstieg oder Rückgang der Arbeitslosenquote, der Beschäftigung oder der Wirtschaftsaktivität zeigen. Haupteigenschaft des Arbeitsmarkts in Polen ist nämlich seine regionale Differenzierung. Einerseits haben wir es mit Regionen zu tun, in denen es praktisch kein Problem mit Stellenangeboten gibt und sich die Löhne nicht viel vom europäischen Durchschnitt unterscheiden. Andererseits finden sich sehr leicht Orte in Polen, wo Massenarbeitslosigkeit herrscht und die Löhne kaum das Niveau des Mindestlohns überschreiten (dieser liegt gegenwärtig bei ca. 400 €). Das ist eine der größten Herausforderungen, vor denen die Arbeitsmarktpolitik steht. Es ist eine typische Situation auch für viele andere europäische Staaten, wie etwa Spanien, Großbritannien, Frankreich oder Deutschland. Im Falle Polens gibt es jedoch eine zusätzliche Besonderheit. Denn eine differenzierte Analyse der Arbeitsmarktsituation zeigt, dass wir es mit einem sogenannten »Inselcharakter der Arbeitsmarktentwicklung und -situation« zu tun haben. Das bedeutet, dass es in fast allen polnischen Regionen Orte gibt, an denen die Situation gut oder sogar sehr gut ist (die sogenannten Inseln), diese jedoch von Kommunen umgeben sind, in denen die Situation genau entgegengesetzt ist. So beträgt beispielsweise in Warschau, Danzig, Posen oder Krakau die Arbeitslosenquote 4–5 %, in 50–60 km Entfernung finden wir jedoch Orte mit 20 oder sogar 30 %. Ein sehr gutes Beispiel ist die Woiwodschaft Masowien, in der sich die Region mit der höchsten (Szydłowiec – 36,7 %) und der niedrigsten (Kreis Warschau – 4,0 %) Arbeitslosenquote befindet. Neben den traditionellen Ursachen von Arbeitslosigkeit wie dem niedrigen Qualifizierungsniveau oder der mangelnden Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme wirken sich hier das geringe Angebot an preiswertem Wohnraum in den Großstädten sowie das schlechte regionale Straßennetz und das unterentwickelte Eisenbahnsystem zwischen den einzelnen Regionen aus. In letzter Zeit gibt es hier Verbesserungen durch den Bau von Schnellstraßen und Autobahnen, aber das ist entschieden zu wenig. Benötigt werden mehr lokale Verkehrswege und Kommunikationsverbindungen. Ziel der Regierung ist es, dass man im Jahr 2030 innerhalb von 60 Minuten von jedem Ort Polens in eine größere Stadt gelangen kann. Wenn es gelingt, dieses Ziel zu realisieren, dann werden sich die Unterschiede bei der Situation auf dem Arbeitsmarkt auch verringern. Bis dahin ist es jedoch noch ein weiter Weg.

Sondergruppen auf dem Arbeitsmarkt

Immer mehr Staaten gelangen zu der Überzeugung, dass sie in Zukunft angesichts der gegenwärtigen demografischen Herausforderungen ohne einen Anstieg der Beschäftigtenzahl nicht zurechtkommen werden, insbesondere gegenüber der wirtschaftlichen Konkurrenz weltweit. Zu diesen Staaten gehört seit einiger Zeit auch Polen. Leider haben viele Menschen, die auf dem freien Arbeitsmarkt erfolgreich bestehen könnten, damit immer noch Probleme. Dies betrifft insbesondere Jugendliche, Menschen über 55 Jahre, Frauen, Behinderte sowie die Bewohner ländlicher Gebiete. Eindeutig am schwierigsten ist die Situation jedoch für Jugendliche und Behinderte.

Bei der ersten Gruppe muss man sich bewusst machen, dass die Arbeitslosigkeit als erste Erfahrung nach dem Schulabschluss einschneidend ist. Denn sehr schnell können Jugendliche, deren Bedürfnisse nicht befriedigt werden, gesellschaftlich an den Rand geraten oder aber sich alternative Verdienstmöglichkeiten suchen, die oft nicht im Einklang mit dem Gesetz stehen. Außerdem haben fehlende Arbeit oder niedrige Löhne zur Folge, dass der Zeitpunkt für Familiengründung und Kinder hinausgeschoben wird, was die negativen demografischen Tendenzen noch verstärkt. Entscheidend für diese Gruppe dürfte die Gewährleistung eines leichteren Transfers zwischen Bildung und Arbeit sein. Das bedeutet die Umstellung des Bildungssystems auf die Ausbildung von Schlüsselkompetenzen für das soziale und gesellschaftliche Leben sowie für den Arbeitsmarkt. Der Erwerb solcher Schlüsselkompetenzen auf einem hohen Niveau ermöglicht es, sich an eine sich verändernde Arbeitsmarktsituation anzupassen.

Bei den Behinderten erscheint die Situation noch schwieriger. Die Praxis der Einstellung von Behinder-

ten außerhalb des freien Arbeitsmarkts erfordert sofortige Veränderungen. Denn noch immer befindet sich die Beschäftigungsquote in dieser Berufsgruppe in Polen auf dem niedrigsten Niveau in der Europäischen Union. In der aktuellen Diskussion gibt es Ideen, die Einstellungspraxis für Behinderte zu verändern und langsam abzugehen vom System »besonderer Arbeitsbetriebe«, in denen ausschließlich behinderte Menschen beschäftigt werden. Der neue Ansatz basiert auf der Förderung der Einstellung von Behinderten auf dem freien Arbeitsmarkt, wenn deren Behinderungsgrad dies erlaubt. Dabei fänden diejenigen, die trotz der dafür geschaffenen Bedingungen die Konkurrenz mit nichtbehinderten Arbeitnehmern nicht bestehen würden, immer noch Stellen in dem besonderen System.

Die arbeitenden Armen (»Working poor«)

Noch bis Anfang des 21. Jahrhunderts war das Problem der Armutsgefährdung trotz Ausübung einer Beschäftigung ein Randphänomen, und Armut wurde eindeutig mit Arbeitslosigkeit oder einer Behinderung assoziiert, die eine Arbeitsaufnahme nicht zuließ. Heute dreht sich die öffentliche Diskussion in Polen immer häufiger um Haushalte, deren finanzielle Situation unbefriedigend ist, obwohl eines oder sogar mehrere Haushaltsmitglieder einer Arbeit nachgehen. Die bisher in Polen durchgeführten Untersuchungen haben gezeigt, dass zwar ein bedeutsamer Anteil der polnischen Arbeitnehmer wenig verdient, diese dennoch kaum als von extremer Armut Betroffene anzusehen sind (d. h. als Personen, die ohne Sozialhilfeleistungen oder Unterstützung durch die Familie ihre grundlegenden Bedürfnisse in Bezug auf Lebensmittel, Wohnung und Gesundheit nicht befriedigen könnten). Um der Armutsfalle zu entgehen, wird sehr häufig auch eine niedrig bezahlte Beschäftigung angenommen, auch wenn sie kurzfristig die materielle Situation nicht verbessern kann. Zugleich zeigt die Beobachtung der gegenwärtigen Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt, dass der Anteil der Familien steigt, die auf Transferleistungen aus dem Sozialhilfesystem angewiesen sind, selbst wenn beide Eltern Arbeit haben. Das betrifft insbesondere Familien mit vielen Kindern. Deshalb erscheint es notwendig, in nächster Zeit nicht nur Maßnahmen zu ergreifen, die Arbeit lohnender machen, sondern auch ausgleichende Instrumente für Familienmitglieder einzuführen, die von betroffenen Arbeitnehmern unterhalten werden. Grundsätzlich sollte man jedoch davon ausgehen, dass die beste Art und Weise, Armut und gesellschaftliche Marginalisierung zu vermeiden, die Aufnahme einer Beschäftigung ist. Dieser Grundsatz verbreitet sich immer mehr, auch in programmatischen Dokumenten der EU, wie etwa der Strategie Europa 2020. Daher sollten sowohl das Steuersystem (Senkung der Steuerbelastungen für Geringverdiener, zeitlich begrenzte Erhöhung des Steuerfreibetrags) als auch das System der sozialen Sicherung (Lohnzulagen und ein progressives Sozialleistungssystem) dazu animieren, eine Beschäftigung aufzunehmen und den überwiegenden Anteil der Einkünfte aus Arbeit zu erzielen.

Migration

In den meisten Mitgliedsländern der Europäischen Union wird im Zusammenhang mit Migrationsprozessen hauptsächlich über die Einwanderung von arbeitssuchenden Ausländern und die Auswirkungen dieses Phänomens auf die Arbeitsmarktsituation debattiert. Die Situation in Polen in diesem Bereich ist eine andere. Trotz eines dynamischen Anstiegs der Anzahl von Ausländern, die auf dem polnischen Arbeitsmarkt vor allem Saisontätigkeiten annehmen, stehen Fragen der Emigration von Polen in andere Mitgliedsländer der EU im Vordergrund. Denn im Falle Polens hat die Emigration, besonders im Rahmen der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, größeren Einfluss auf die Arbeitsmarktsituation als die Immigration. Einerseits ist dieser Einfluss positiv, denn die Arbeitslosenzahl sinkt und Transferzahlungen der Auswanderer fließen nach Polen zurück, andererseits vermindern sich die Arbeitsressourcen, was die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft direkt beeinflusst. Dabei muss man sich bewusst sein, dass die Auswirkungen der gegenwärtigen Emigration zumindest mittelfristig bedacht werden müssen. Ausschlaggebend wird nämlich sein, wie viele der heutigen Auswanderer sich dafür entscheiden, dauerhaft im Ausland zu bleiben, und wie viele nach einem vorübergehenden – sei es auch etliche Jahre währenden – Auslandsaufenthalt nach Polen zurückkehren. Neueste Daten zur Emigration zeigen, dass etwa 1,5 Millionen Polen in anderen EU-Mitgliedsländern leben. Etwa eine Million davon haben Polen nach dem EU-Beitritt verlassen. Die höchsten Auswanderungszahlen waren für das Jahr 2007 zu verzeichnen. Seitdem geht die Anzahl der im Ausland lebenden Polen langsam, aber systematisch zurück. Die These von einem Ende der Emigrationsprozesse bestätigt auch das geringe Interesse an einer Auswanderung nach Deutschland, nachdem dieses Land seinen Arbeitsmarkt am 1. Mai 2011 geöffnet hat. Die Auswanderungsquote nach Deutschland war viel niedriger, als von den meisten Experten vorhergesehen. Deshalb ist in den nächsten Jahren auf dem polnischen Arbeitsmarkt im Zusammenhang mit der Migration von zwei Prozessen auszugehen: einem Rückgang neuer Migration, einer zunehmenden Rückwanderung sowie einem langsamen Anstieg der Einwanderung aus Drittstaaten, besonders aus der Ukraine und aus asiatischen Staaten. Ausländer werden jedoch nur in sehr geringem Maße die Lücken

auf dem Arbeitsmarkt füllen, die infolge der jüngsten Auswanderungswelle und der demografischen Prozesse entstanden sind. Viel relevanter könnte die Rückwanderung sein. Leider ist gegenwärtig sehr schwer vorhersehbar, wie viele im Ausland lebende Polen sich zu einer Rückkehr nach Polen entschließen werden.

Das Funktionieren der Arbeitsmarktinstitutionen – die Arbeitsämter

Wie bereits erwähnt, hat sich das institutionelle Modell der Arbeitsmarktpolitik in Polen 1999 mit der Dezentralisierungsreform herausgebildet. Nach über zwanzig Jahren seines Bestehens wird das neue System heute unterschiedlich bewertet. Einerseits hat die Tatsache, dass die Arbeitsmarktpolitik überwiegend den Kommunen überlassen wurde, dazu geführt, dass sie den Bürgern nähergebracht wurde, die ja direkt an ihren Auswirkungen interessiert sind. Andererseits zeigen zahlreiche Untersuchungen, dass die Effektivität der aktiven Arbeitsmarktprogramme, die von den Arbeitsämtern durchgeführt werden, höchst unzureichend ist und dass der Wirkungsgrad keines ihrer Instrumente die 50%-Marke überschreitet, sondern zumeist zwischen 20 % und 30 % schwankt. Das ist entschieden zu wenig. Bei Menschen in schwierigsten Lebenslagen wie Langzeitarbeitslosen, ehemaligen Häftlingen, Unterhaltsschuldnern oder bildungsfernen Frauen, die nach der Mutterschaftspause auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, haben die eingesetzten Instrumente eher einen sozialen Aktivierungscharakter, als dass sie zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt führen, und in der Praxis führen sie selten zur Vermittlung eines festen Arbeitsplatzes. Deshalb wurde Mitte 2012 in Polen die Diskussion über eine Reform der Institutionen des Arbeitsmarkts angestoßen, die sich an den Erfahrungen von Ländern wie Deutschland, den Niederlanden oder Großbritannien orientiert. Ein Teil der Aufgaben, mit deren Ausführung die Arbeitsämter nicht zurechtkommen, soll nichtstaatlichen Institutionen übertragen werden, zum Beispiel Beschäftigungsagenturen oder Nichtregierungsorganisationen. Die Übertragung von Arbeitsmarktleistungen wird jedoch eher komplementärer Natur sein und die Maßnahmen der Arbeitsämter ergänzen; ihr Hauptziel wird sein, die Rückkehr der Arbeitslosen auf den Arbeitsmarkt zu beschleunigen.

Herausforderungen

Die größte Herausforderung für den Arbeitsmarkt sowohl in Polen als auch in vielen anderen EU-Mitgliedsländern im Hinblick auf die kommenden Generationen werden die demografischen Prozesse sein. Schon in den nächsten Jahren wird es zu einem starken Rückgang der Anzahl von Menschen im berufstätigen Alter kommen; gleichzeitig wird der Anteil derjenigen steigen, die Rentenleistungen beziehen. Veränderungen wird es auch in Bereichen geben, in denen Arbeitsplätze geschaffen, aber auch abgebaut werden. Ebenfalls ändern wird sich der Bedarf an Weiterqualifizierung. Deshalb kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass einerseits die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter abnimmt, andererseits die Arbeitnehmer immer schlechter auf die Anforderungen des modernen Arbeitsmarkts vorbereitet sind. Das Fehlen entsprechender Maßnahmen im Bereich des Transfers zwischen Bildung und Arbeit wird zusätzlich das Potenzial von Jugendlichen verringern, die trotz Schulabschlusses immer noch Probleme haben werden, eine Beschäftigung zu finden.

Polen sucht Antworten auf diese Herausforderungen, um eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation und ein Sinken der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu verhindern. Priorität soll dabei die Schaffung neuer Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt nach dem Modell des »workfare state« haben, eines Staates also, der die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt stellt und allen, die dazu befähigt sind, die Aufnahme einer Beschäftigung ermöglicht. Das bedeutet die Schaffung eines ganzheitlichen Systems, das allen Polen den Zugang zu hochwertigen gesellschaftlichen Dienstleistungen ermöglicht. Ihre Nutzung sollte zum Erwerb von Qualifikationen führen, sollte es ermöglichen, eine Beschäftigung aufzunehmen oder eine neue Arbeit zu finden, bei der der betreffende Arbeitnehmer sein Potenzial besser nutzen und seine Ansprüche verwirklichen kann. Obwohl diese Aufgabe ungeheuer schwierig erscheint, ist es doch notwendig, die Herausforderung anzunehmen. Selbst wenn es nicht gelingen sollte, ihr vollständig gerecht zu werden, wird das jedenfalls positive Folgen für die Steigerung von Sicherheit und Qualität der Beschäftigung mit sich bringen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Ulrich Heiße

Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem »Jahrbuch Polen 2013 Arbeitswelt« des Deutschen Polen-Instituts, das im März 2013 erscheinen wird (siehe Lesehinweis auf S. 13).

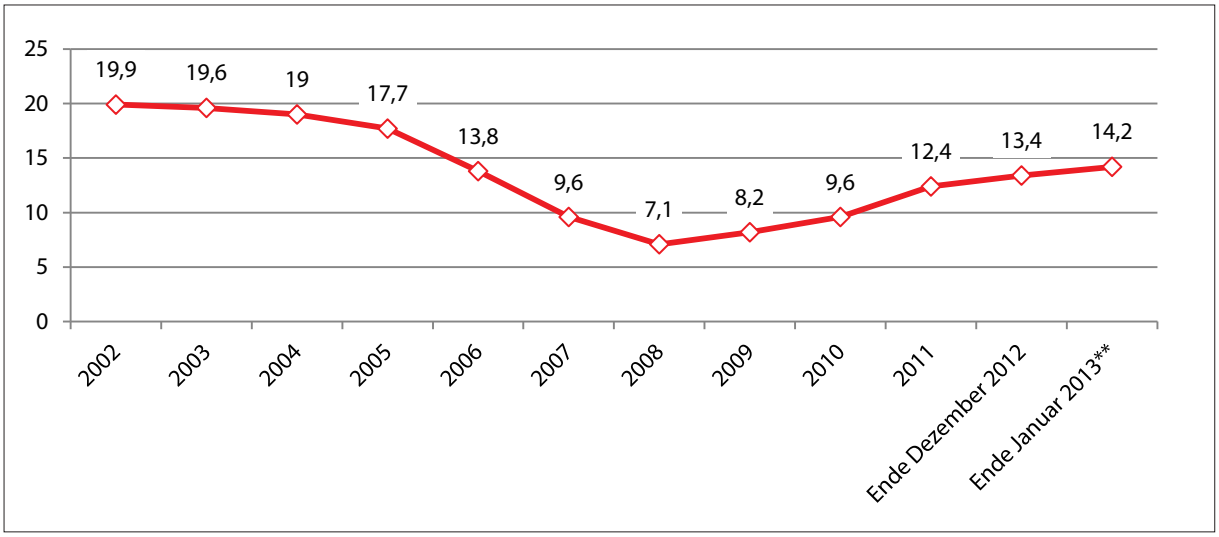
Über den Autor

Dr. Maciej Duszczyk, stellvertretender Direktor des Instituts für Sozialpolitik (Instytut Polityki Społecznej) der Universität Warschau (Uniwersytet Warszawski). Er schrieb zahlreiche Arbeiten zu den Themen Migrationsprozesse, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit sowie Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft Polens. Mitglied im Beraterteam des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, Berater u. a. der Europäischen Kommission, der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

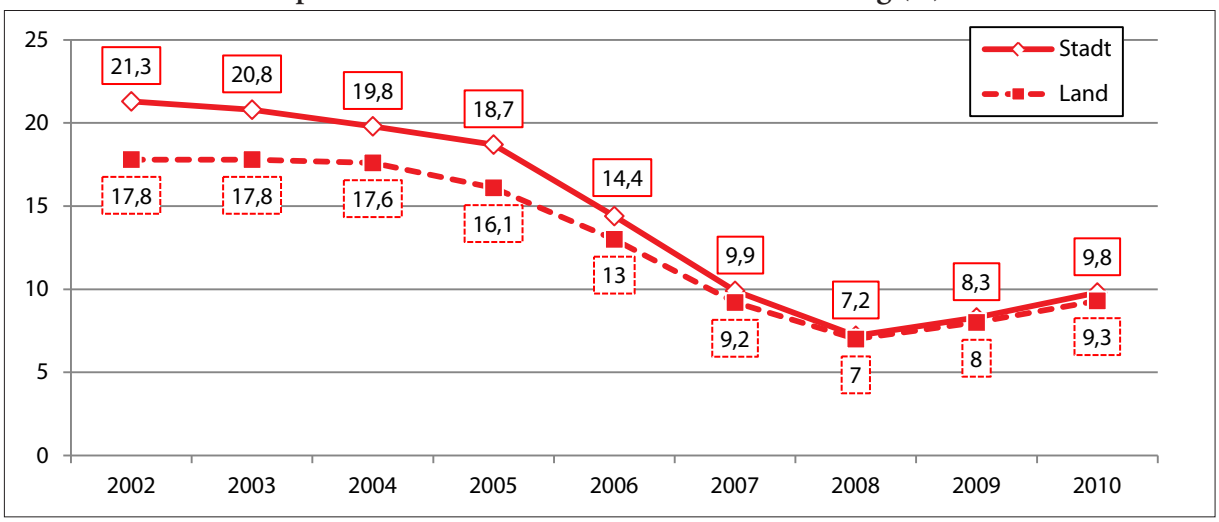
Statistiken zu Arbeitslosigkeit und Emigration

Grafik 1: Arbeitslosenquote 2002–2012 (%)*



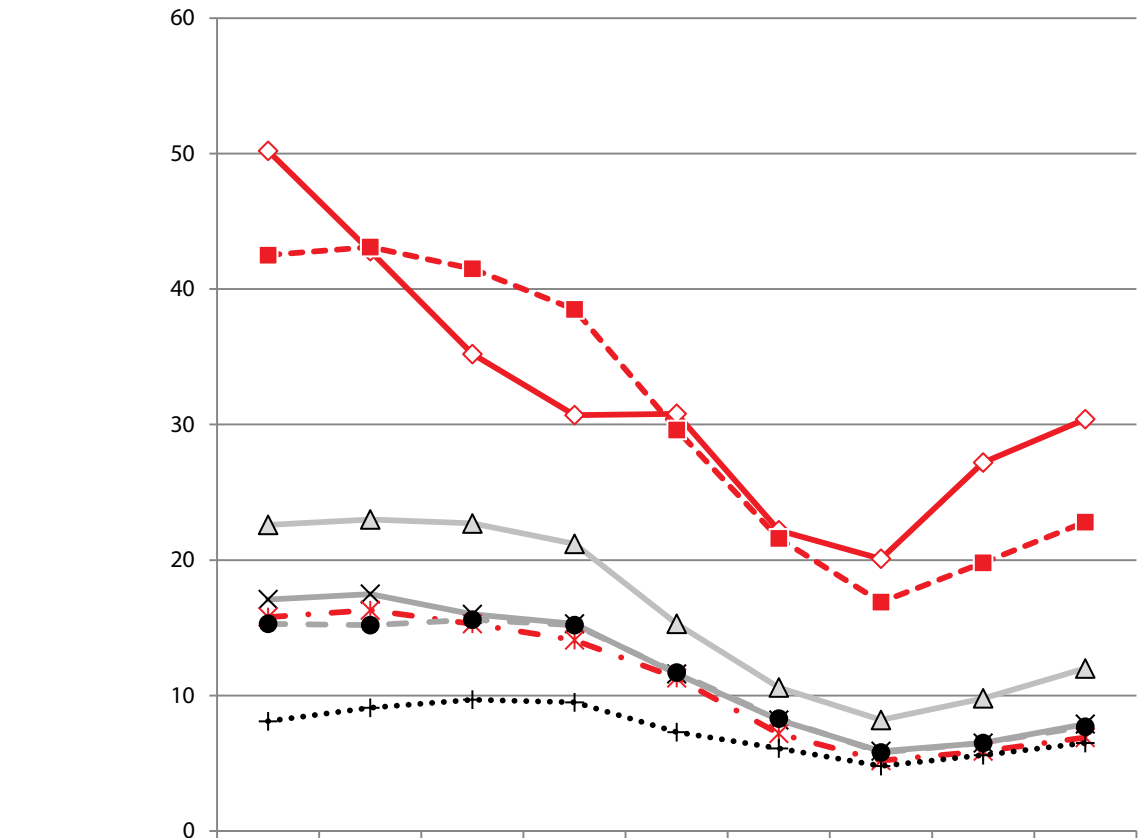
** Die Daten für die Jahre 2002 bis 2011 geben den Jahresdurchschnittswert an; die Quoten 2012 und 2013 geben den Stand zum Ende des Monats an.*
*** Ende Januar 2013 nach Schätzungen des Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik].* http://www.mpips.gov.pl/aktualnosci-wszystkie/zatrudnienie-i-przeciwdzialanie-bezrobociu/art,6067,sytuacja-na-rynku-pracy-w-styczniu-2013-r-.html *(abgerufen am 14.02.2013).*
Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen] 2003, Warszawa 2003; 2005, Warszawa 2005; 2006, Warszawa 2006; 2007, Warszawa 2007; 2009, Warszawa 2009; 2010, Warszawa 2010; 2011, Warszawa 2011; 2012, Warszawa 2012 sowie Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej [Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik]: Podstawowe dane o bezrobotnych zarejestrowanych w urzędach pracy oraz osobach uprawnionych do zasiłków lub świadczeń przedemerytalnych w latach 1990–2012. http://www.psz.praca.gov.pl./_files_/stat_files/strukt_1212.zip *(abgerufen am 14.02.2012).*

Grafik 2: Arbeitslosenquote 2002–2012: Stadt- und Landbevölkerung (%)



Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen] 2003, Warszawa 2003; 2005, Warszawa 2005; 2006, Warszawa 2006; 2007, Warszawa 2007; 2009, Warszawa 2009; 2010, Warszawa 2010; 2011, Warszawa 2011.

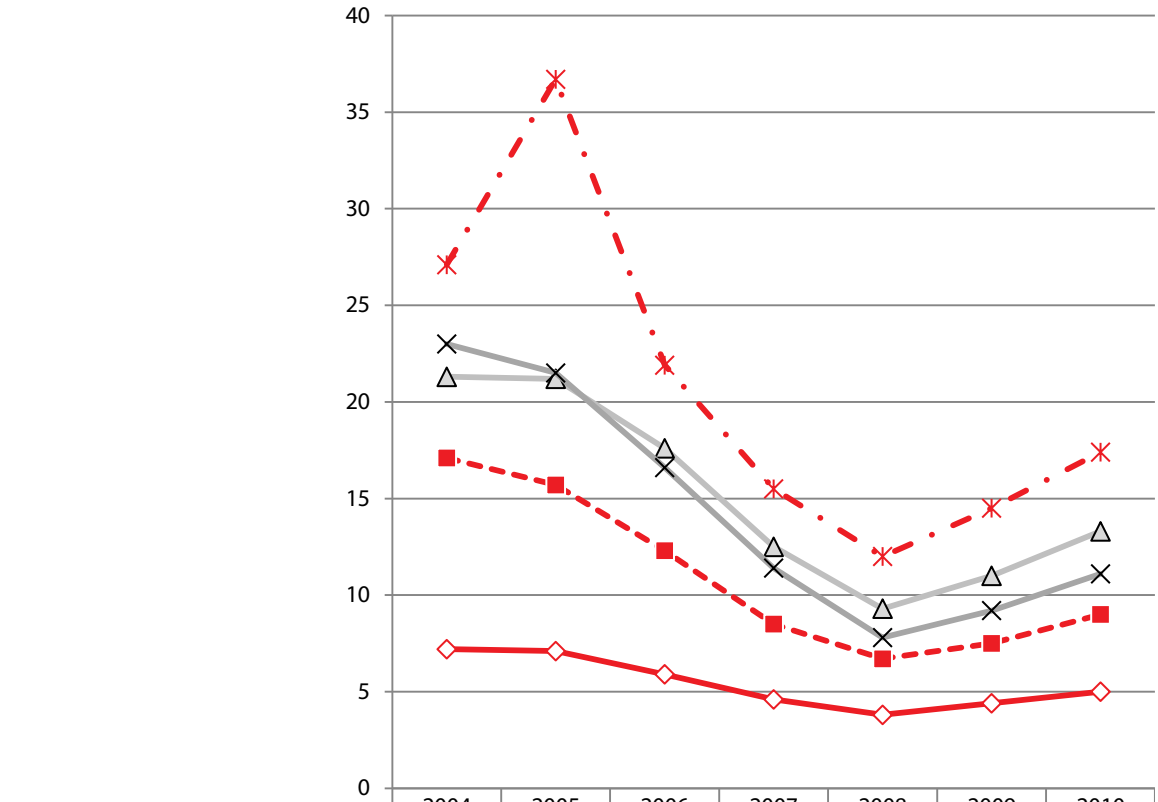
Grafik 3: Arbeitslosenquote 2002–2012 nach Altersstufen (%)



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
15-19 Jahre	50,2	42,8	35,2	30,7	30,8	22,2	20,1	27,2	30,4
20-24 Jahre	42,5	43,1	41,5	38,5	29,6	21,6	16,9	19,8	22,8
25-29 Jahre	22,6	23	22,7	21,2	15,3	10,6	8,2	9,8	12
30-34 Jahre	17,1	17,5	16	15,3	11,6	8,2	5,9	6,5	7,9
35-44 Jahre	15,8	16,3	15,3	14,1	11,3	7,2	5,2	5,9	6,9
45-54 Jahre	15,3	15,2	15,6	15,2	11,7	8,3	5,8	6,5	7,7
55 +	8,1	9,1	9,7	9,5	7,3	6,1	4,8	5,6	6,5

Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen] 2003, Warszawa 2003; 2005, Warszawa 2005; 2006, Warszawa 2006; 2007, Warszawa 2007; 2009, Warszawa 2009; 2010, Warszawa 2010; 2011, Warszawa 2011.

Grafik 4: Arbeitslosenquote 2004–2010 nach Ausbildungsstufen (%)



	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Hochschulausbildung	7,2	7,1	5,9	4,6	3,8	4,4	5
Post-Sekundarschule und mittlere Berufsschulausbildung	17,1	15,7	12,3	8,5	6,7	7,5	9
Mittlere allgemeinbildende Sekundarschule	21,3	21,2	17,6	12,5	9,3	11	13,3
Berufsgrundschule	23	21,5	16,6	11,4	7,8	9,2	11,1
Sekundarstufe I, Grundschule und nicht abgeschlossene Grundschule	27,1	36,7	21,9	15,5	12	14,5	17,4

Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen] 2006, Warszawa 2006; 2007, Warszawa 2007; 2009, Warszawa 2009; 2011, Warszawa 2011.

Die zeitlich befristete Emigration aus Polen in den Jahren 2002 bis 2011[a] (Stand: Ende des Jahres)

Aufenthaltsland	Volks-zählung 2002 [b]	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Volks-zählung 2011 [c]	2011
insgesamt	*786.000*	*1.000.000*	*1.450.000*	*1.950.000*	*2.270.000*	*2.210.000*	*2.100.000*	*2.000.000*	*2.017.000*	*2.060.000*
Europa	*461.000*	*770.000*	*1.200.000*	*1.610.000*	*1.925.000*	*1.887.000*	*1.765.000*	*1.685.000*	*1.693.000*	*1.754.000*
darin:										
EU (27 Länder) [d]	*451.000*	*750.000*	*1.170.000*	*1.550.000*	*1.860.000*	*1.820.000*	*1.690.000*	*1.607.000*	*1.622.000*	*1.670.000*
hier:										
Belgien	14.000	13.000	21.000	28.000	31.000	33.000	34.000	45.000	47.000	47.000
Dänemark	•	•	•	•	17.000	19.000	20.000	19.000	18.000	21.000
Deutschland	294.000	385.000	430.000	450.000	490.000	490.000	465.000	440.000	437.000	470.000
Finnland	300	400	700	3.000	4.000	4.000	3.000	3.000	2.000	2.000
Frankreich	21.000	30.000	44.000	49.000	55.000	56.000	60.000	60.000	62.000	62.000
Griechenland	10.000	13.000	17.000	20.000	20.000	20.000	16.000	16.000	17.000	15.000
Großbritannien	24.000	150.000	340.000	580.000	690.000	650.000	595.000	580.000	601.000	625.000
Irland	2.000	15.000	76.000	120.000	200.000	180.000	140.000	133.000	131.000	120.000
Italien	39.000	59.000	70.000	85.000	87.000	88.000	88.000	92.000	94.000	94.000
Niederlande	10.000	23.000	43.000	55.000	98.000	108.000	98.000	92.000	92.000	95.000
Österreich	11.000	15.000	25.000	34.000	39.000	40.000	36.000	29.000	24.000	25.000
Portugal	300	500	600	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Schweden	6.000	11.000	17.000	25.000	27.000	29.000	31.000	33.000	34.000	36.000
Spanien	14.000	26.000	37.000	44.000	80.000	83.000	84.000	48.000	45.000	40.000
Tschechische Republik	•	•	•	•	8.000	10.000	9.000	7.000	7.000	7.000
Zypern	•	•	•	•	4.000	4.000	3.000	3.000	3.000	3.000
Länder außerhalb der EU	*10.000*	*20.000*	*30.000*	*60.000*	*65.000*	*67.000*	*75.000*	*78.000*	*71.000*	*85.000*
hier:										
Norwegen	•	•	•	•	36.000	38.000	45.000	50.000	43.000	56.000

(a) Die Daten beziehen sich auf Personen, die sich zeitlich befristet im Ausland aufhalten: für die Jahre 2002 bis 2006 länger als zwei Monate, für 2007 bis 2011 länger als drei Monate.
(b) Schätzungen zufolge betrug die Zahl der Emigranten mit unbestimmten Aufenthaltsland für einen zeitlich begrenzten Aufenthalt in den Ländern Europas 547.000 und in den Ländern der Europäischen Union 535.000.
(c) Volkszählung 2011: April bis Juni 2011
(d) bis 2006: 25 Länder
Quelle: Głowny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Informacja o rozmiarach i kierunkach emigracji z Polski w latach 2004–2011. Materiał na konferencję prasową w dniu 25 września 2012 r. [Informationen über das Ausmaß und die Richtungen der Emigration aus Polen in den Jahren 2004–2011. Material für die Pressekonferenz am 25.09.2012]. http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/LU_infor_o_rozm_i_kierunk_emigra_z_polski_w_latach_2004_2011.pdf *(abgerufen am 14.02.2013).*

CHRONIK

Vom 5. bis zum 18. Februar 2013

05.02.2013	Die Fraktionen der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) beschließen, gegen die Abberufung von Wanda Nowicka (Palikot-Bewegung/Ruch Palikota) aus dem Amt der stellvertretenden Sejmmarschallin zu stimmen. Die Fraktion der Palikot-Bewegung hat einen Antrag auf Abberufung gestellt, da Nowicka eine Geldprämie angenommen hatte, die Sejmmarschallin Ewa Kopacz für 2012 ausgezahlt hatte. Dies hatte Janusz Palikot, Parteivorsitzender der Palikot-Bewegung, entschieden kritisiert.
06.02.2013	Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, teilt mit, dass die EU-Beobachtermission des ehemaligen polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, in der Ukraine fortgesetzt wird. Dies umfasst die Beobachtung von Gerichtsprozessen gegen ukrainische Politiker, u. a. gegen die ehemalige ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, sowie den Aufbau direkter Kontakte zu Institutionen der Regierung, des Parlaments und des Rechtssystems der Ukraine, um die Situation der gerichtlich belangten Politiker zu verbessern.
07.02.2013	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński eröffnet in Warschau das Wirtschaftsforum Polens und der Vereinigten Arabischen Emirate. Dieses wird auch von einer offiziellen Delegation der Vereinigten Arabischen Emirate besucht. Des Weiteren findet eine Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder statt, bei der ein Protokoll über weitere Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel unterzeichnet wird. Polnische Firmen hätten bereits über 150 Mio. US-Dollar in die Vereinigten Arabischen Emirate investiert, 17 Gesellschaften mit Kapital der Vereinigten Arabischen Emirate würden sich in Polen engagieren, so Piechociński.
08.02.2013	Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik betrug die registrierte Arbeitslosigkeit Ende Januar 2013 14,2 %. Dies sind zirka 2,3 Mio. Personen. Damit stieg die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Dezember 2012 um 0,8 Prozentpunkte (Januar 2012 – 13,2 %; Dezember 2011 – 12,5 %).
09.02.2013	Landwirtschaftsminister Stanisław Kalemba teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass Polen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik 28,6 Mrd. Euro aus dem am Vortag in Brüssel ausgehandelten EU-Haushalt für die Jahre 2014 bis 2020 erhalten wird. Dies sind 18,8 Mrd. Euro Direktzahlungen und 9,8 Mrd. Euro für die Entwicklung ländlicher Gebiete. Die EU-Haushaltsverhandlungen waren am Vortag beendet worden.
10.02.2013	Nach Angaben der Kanzlei des Ministerpräsidenten ist Polen der größte Begünstigte des EU-Haushalts für die Jahre 2014 bis 2020 und erhält insgesamt 441 Mrd. Zloty (zirka 106 Mrd. Euro). Darin enthalten sind 303,6 Mrd. Zloty (zirka 72,9 Mrd. Euro) für die Kohäsionspolitik und 118,8 Mrd. Zloty (zirka 28,6 Mrd. Euro) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Ministerpräsident Donald Tusk kündigt an, in den nächsten Monaten in ganz Polen Beratungen über den Einsatz der Finanzmittel durchzuführen.
11.02.2013	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der Durchschnittslohn im IV. Quartal 2012 3.690,30 Zloty (zirka 888 Euro). Auf das Gesamtjahr bezogen war dies ein Anstieg von 2,9 %.
12.02.2013	Ministerpräsident Donald Tusk und sein litauischer Amtskollege Algirdas Butkevičius thematisieren in Warschau die Zusammenarbeit beider Länder im Bereich Energie, die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Litauens und den Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Wilna im Herbst. Sehr offen sei über die Schwierigkeiten der polnisch-litauischen Beziehungen gesprochen worden, so Tusk. Butkevičius teilt mit, dass die litauische Regierung eine Arbeitsgruppe für die polnische Minderheit in Litauen berufen hat, die im März konkrete Lösungen für die bestehenden Probleme vorstellen soll.
13.02.2013	Die Fraktion der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) schließt Wanda Nowicka, stellvertretende Sejmmarschallin, bei einer Enthaltung aus der Fraktion aus.
14.02.2013	Außenminister Radosław Sikorski und sein neu berufener US-amerikanischer Amtskollege John Kerry thematisieren in einem Telefongespräch u. a. die Lage in Afghanistan und im Iran und die Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen. Kerry dankt Polen für die engen, partnerschaftlichen Beziehungen zu den USA und die Unterstützung für Demokratie und Menschenrechte in den Ländern, die derzeit einen Transformationsprozess von einer Diktatur zu einer Demokratie durchlaufen.
15.02.2013	In Warschau debattieren Jarosław Kaczyński, Vorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Piotr Gliński, Schattenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten von PiS, sowie weitere Politiker von PiS und Personen des öffentlichen Lebens über die Situation der Familien in Polen. Diskutiert werden u. a. finanzielle Erleichterungen, darunter Steuererleichterungen.

16.02.2013	Konservative Politiker gründen das Institut für die Staatsidee (Instytut Myśli Państwowej). In der Bekanntmachung heißt es, es handele sich um eine überparteiliche Initiative, deren Aufgaben die Analyse der Veränderungen in der Gegenwart sowie Lösungsvorschläge in den Bereichen Gesellschaftsordnung, Politik und Wirtschaft seien. Dem Institut gehören u. a. Roman Giertych, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident und ehemaliger Vorsitzender der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR), der ehemalige Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiwicz, Michał Kamiński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und die Politiker der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Stefan Niesiołowski, Jacek Żalek und Jan Filip Libicki an.
18.02.2013	In einem Radiointerview verteidigt der Ökonom Krzysztof Rybiński seinen Vorschlag, dass Eltern für jedes Kind 1.000 Zloty monatlich bis zur Volljährigkeit des Kindes aus dem öffentlichen Haushalt erhalten sollen, gegen den Vorwurf der Kostenexplosion für die öffentlichen Finanzen. Er zeigt sich bereit, sein Konzept erst ab dem zweiten Kind greifen zu lassen. Rybiński ist Berater des Schattenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Piotr Gliński.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf http://www.laender-analysen.de/polen/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

LESEHINWEIS

Jahrbuch Polen 2013 Arbeitswelt

Herausgegeben vom
Deutschen Polen-Institut
Darmstadt, Wiesbaden 2013
Ca. 190 Seiten,
Preis € 11,80
(€ 9,- im Abonnement)
ISBN 978-3-447-069014

Polen ist das einzige Mitgliedsland der Europäischen Union, das bisher nicht nur die Krise, sondern auch eine wirtschaftliche Rezession vermieden hat. Die statistischen Indikatoren zeigen eindeutig, dass es auch gelungen ist, einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Beschäftigungsabbau, also die schmerzhaftesten Folgen für die Gesellschaft, zu verhindern. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Situation am Arbeitsmarkt zufriedenstellend ist und Polen in diesem Bereich keine Probleme hat. Dieses Bild wäre falsch.
Maciej Duszczyk

Die Technik hat für den Arbeitsmarkt eine spezifische Verstärkerfunktion: Sie erlaubt es den großen Stars, wesentlich mehr als früher zu verdienen, verringert aber die Einkünfte der Durchschnittsmenschen, da die Stars dank der neuen Technologien einen größeren Teil des Marktes beherrschen können; viele Arbeitsplätze verschwinden dadurch völlig. (…) Dabei ist die ganze Welt des modernen Staates auf dem Fundament der Festanstellung errichtet: das Sozial- und Krankenversicherungssystem, Hypothekendarlehen usw. All diese Institutionen müssen für Menschen umgestaltet werden, die ihr ganzes Leben lang in immer neuen Projekten arbeiten werden und deren Berufsleben aus längeren Phasen ganz ohne Arbeit bestehen wird.
Adam Leszczyński

In einer Situation hoher Arbeitslosigkeit, wie sie in Polen während der ganzen Transformationsphase bis zum EU-Beitritt geherrscht hat, greifen die Unternehmen zur Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf die billigste verfügbare Ressource zurück – billige Arbeitskräfte (die deshalb billig sind, weil es eine große »Reservearmee von Arbeitslosen« gibt). Das Mittel, um dem Schicksal eines die »Reservearmee« verstärkenden Arbeitslosen zu entgehen, ist Bildung. Deshalb setzte in den 1990er Jahren der vielzitierte polnische Bildungsboom ein. Die Studentenzahlen verfünffachten sich, und nach und nach drängten die mehr oder minder gut qualifizierten Absolventen auf den Arbeitsmarkt. Anfänglich nahm er sie auf und erfüllte ihre Träume von einem besseren Leben. Doch am Ende war dieser – in einer mäßig entwickelten Wirtschaft nun mal wenig voluminöse – Arbeitsmarkt gesättigt und es entstand eine zweite Division der »Reservearmee«, diesmal aus Menschen mit Diplom. Gemildert wurde diese Situation durch die Arbeitsemigration nach dem EU-Beitritt. Doch nach Ausbruch der Wirtschaftskrise in den westlichen Staaten im Jahr 2008 verlor die Option der Emigration viel von ihrem Charme. Die zweite Division der »Reservearmee« mutierte zum Prekariat.
Edwin Bendyk

Das Verhältnis zur Arbeit und zu wirtschaftlicher Tätigkeit war in der polnischen Kultur immer mit einem Komplex gegenüber den modernisierenden Kräften des Westens, aber auch mit einer Abneigung gegen Prozeduren und Regeln, gegen »dumpfe« Planmäßigkeit, unterfüttert. Das polnische »Irgendwie wird es schon werden«, das Gefallen-Finden an der Anarchie führte mitunter zur Unfähigkeit oder zur Katastrophe, aber oft verwandelte es sich auch in Freude darüber, dass »der Pole es schaffen kann« (Polak potrafi) – was zugleich Stereotyp und Autostereotyp war.
Iwona Kurz

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2013

www.deutsches-polen-institut.de
www.facebook.com/deutschespoleninstitut

INHALT

	Einführung
	Fleißig wie ein Pole
	Essays
Maciej Duszczyk:	Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Polen
Vera Trappmann:	Flexibilität zu welchem Preis? Arbeit in Polen
Adam Leszczyński:	Warum die polnische Jugend rebellieren sollte (und warum sie es nicht tut)
Edwin Bendyk:	Modernität an der Peripherie
Krzysztof Getka:	Staat, Kapital und Arbeit im System der kollektiven Arbeitsverhältnisse in Polen nach 1989
Weronika Priesmeyer-Tkocz:	Weg vom Arbeiter- und Bauernstaat. Gibt es in Polen eine »middle class«?
Marta Danecka:	Jenseits des Arbeitsmarktes oder Beruflich inaktive Polen
Reinhold Vetter:	Viel individuelles Kapital, wenig kollektive Ressourcen
Iwona Kurz:	»Abgekoppelt«. Die Polen und der Staat oder Arbeit und Lohn nach 1945
	Reportage
Agnieszka Sowa:	Boat-People auf Polnisch
	Mein Jahr
Magdalena Parys:	Das Jahr der erfüllten Träume
	Literatur
Marta Dzido:	Miesmuschel
Grzegorz Kopaczewski:	Das Werk
Dawid Bieńkowski:	Nichts
Renata Radłowska:	Franciszek und das Haus für Zosia
	Anhang
	Autoren und Übersetzer
	Bildnachweis
	Dank

Vorbestellungen bei:

Harrassowitz Verlag
65174 Wiesbaden
Fax: 0611 – 530-999
eMail: rgietz@harrassowitz.de
www.harrassowitz-verlag.de

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wroclaw (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

FUNDACJA WSPÓŁPRACY POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG FÜR DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)
Technische Gestaltung: Matthias Neumann
Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann
Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1863-9712 © 2013 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,
D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen